



Hans-Olaf Henkel  
14. März 1940. Deutscher Industriemanager. Hamburger. Mittlere Reife, Lehre als Speditionskaufmann. Besuch der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik. Beginn der beruflichen Tätigkeit 1962 im Vertrieb von IBM.  
Im Laufe der folgenden Jahre in dieser Firma unterschiedliche Verwendungen im In- und Ausland. Schließlich Aufstieg bis zum Vice President der IBM Corp. und IBM-Europachef. Scheidet 1994 überraschend auf der „Suche nach neuen Herausforderungen“ aus dem operativen Management des Konzerns aus. 1995–2000 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie mit bemerkenswert unverkrampftem Verhältnis auch gegenüber der Sozialdemokratie. Seit Mitte 2001 Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vertritt.

Professor Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel  
*Präsident der Leibniz-Gemeinschaft*

### „Was bedeutet die Globalisierung für Wirtschaft und Gesellschaft?“

Auweia! Meine Damen und Herren, Sie setzen mich mit den vielen Vorschusslorbeeren unter Druck. Ich weiß gar nicht, wie ich darauf reagieren soll. Wir Hamburger halten uns ja für besonders bescheiden. Das nehmen wir zumindest außerhalb Hamburgs in Anspruch. Deshalb kämpfe ich zurzeit mit zwei völlig unterschiedlichen Reaktionen. Die eine ist: Alles, was Sie an Schönem und Gutem über mich gesagt haben, muss ich mit der gebotenen Bescheidenheit zurückweisen. Auf der anderen Seite habe ich aber auch größtes Vertrauen in Ihre Urteilsfähigkeit, Herr Dr. von Foerster.

Meine Damen und Herren, vor genau zehn Jahren war ich schon einmal hier, und auf der Bahnfahrt von Berlin hierher habe ich mir die damalige Rede durchgelesen. Ich habe sie ganz durchgelesen, und meine erste Entscheidung war: Die halte ich noch einmal.

Das könnte ich aus verschiedenen Gründen auch. Erstens: Alles, was ich damals sagte, stimmt heute noch. Das zeigt etwas über die Reformgeschwindigkeit in unserem Lande. Zweitens: Ich bin davon überzeugt, das hätte keiner gemerkt!

Aber keine Sorge. Ich habe mir ein neues Thema mitgebracht. Ich finde es ganz passend, am Übersee-Tag über Globalisierung zu reden. Wir haben das Wort heute schon mehrfach gehört. Aber vielleicht kann ich doch den einen oder anderen neuen Gedanken beisteuern. Zur Leibniz-Gemeinschaft – zu der übrigens auch ein paar sehr gute Hamburger Institute gehören – gehört das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim. Die haben dort einen wunderbaren Schatz an Informationen. Ich habe die Sprachforscher dort einmal herausfinden lassen, wie oft das Wort Globalisierung im Jahre 1992 und im Jahre 2002 in der „FAZ“ vorkam. Im Jahre 1992 kam es 22-mal vor, und im Jahre 2002 über 1200-mal. Es ist also etwas passiert, es hat sich etwas geändert. Aber was?

Ich habe es mir seit langer Zeit angewöhnt, meinen Reden eine Struktur zu geben, mir Fragen zu stellen, Ihnen diese vorzustellen und sie dann zu beantworten. Das hat zwei Vorteile: Erstens wissen Sie ungefähr, wo ich in meinem Vortrag bin und können die Zeit zum Nachtschiff abmessen. Mir gibt das den großen Vorteil, dass ich mir nur solche Fragen zu stellen brauche, die ich auch beantworten kann.

Zum Thema Globalisierung habe ich folgende Fragen mitgebracht. Die erste: Wie wichtig ist die Globalisierung eigentlich für Deutschland? Die zweite Frage: Was sind die Vorteile der Globalisierung? Die dritte: Was wollen die Gegner der Globalisierung, und was ist mit den Verlierern der Globalisierung? Das bringt mich dann auch zur Frage: Was muss Deutschland tun, um Gewinner der Globalisierung zu bleiben?

Wie wichtig ist die Globalisierung für Deutschland? Für Hamburg ist sie ganz besonders wichtig. Man kann das in dieser Runde wirklich sehr kurz machen. Aber angesichts der albernen Diskussion um die vaterlandslosen Gesellen Unternehmer, die dauernd Arbeitsplätze ins Ausland verschoben, ist es doch mal ganz wichtig, an Folgendes zu erinnern, meine Damen und Herren: Wir haben immer noch einen kräftigen Ex-

portüberschuss, einen Handelsbilanzüberschuss. So ein Handelsbilanzüberschuss besagt nichts weiter, als dass wir, nämlich die deutsche Wirtschaft, mehr Arbeitsplätze importieren, als wir exportieren. Wenn Sie das einmal aus der Sicht der anderen Länder betrachten, dann müssen Sie doch klar und deutlich feststellen, dass wir diejenigen sind, und das schon seit Jahrzehnten, die anderen Ländern Arbeitsplätze wegnehmen. Wir in der deutschen Industrie brauchen uns also überhaupt nicht zu schämen, auch der deutsche Konsument nicht; denn der hilft ja bei dieser Entwicklung mit.

Nun muss man bei der Beantwortung der Frage, wie wichtig der Handelsbilanzüberschuss für Deutschland ist, wissen, dass es noch eine andere Bilanz gibt, die eigentlich wichtiger ist als die Handelsbilanz. Das ist die Leistungsbilanz. In der Leistungsbilanz finden Sie alles, was sich Deutschland leistet und was Deutschland leistet, also zum Beispiel die einigungsbedingten Zinszahlungen. Wir sind ja übrigens auch – da komme ich auf die Handelsbilanz zurück – Vizeimportweltmeister. Auch das darf man nicht vergessen. Oder nehmen Sie die Tatsache, dass wir Reiseweltmeister sind. Das allein bringt 35 Milliarden Euro in andere Länder. Oder nehmen Sie die Copyrights, die Patente, die Lizenzen. Schon seit über zehn Jahren geben wir für alle drei Bereiche wesentlich mehr aus, als wir einnehmen. Und wenn wir alle Teile der Leistungsbilanz zusammennehmen, dann stellen wir etwas Verblüffendes fest: Sie ist in den letzten zehn Jahren nur zweimal positiv gewesen. Also: Wir müssen feststellen, dass unsere Gesellschaft beginnt, sich mehr zu leisten, als sie leistet.

Jetzt komme ich zum Handelsbilanzüberschuss zurück. Wenn Sie sich einmal für eine logische Sekunde überlegen, was es für unsere Gesellschaft bedeuten würde, wenn wir den nicht hätten, dann können wir alle uns diese Diskussionen, die wir heute führen – ob wir die Renten erhöhen oder nicht oder die Steuern oder die Abgaben oder das Dosenpfand oder die Maut oder die Lehrlingsabgabe –, sparen. Deutschland wäre buchstäblich ein Entwicklungsland. Das heißt, wir haben eine enorme Abhängigkeit von der Globalisierung. In Deutschland hängen von 100 Arbeitsplätzen zwischen 25 und 30 von der Globalisierung, vom Export ab. Nehmen Sie das größte Exportland der Welt, die Vereinigten Staaten, da ist es nur jeder zehnte. Oder nehmen Sie das Land, das Sie immer wieder als klassisches Exportland empfunden haben, Japan, da ist es nur jeder siebte. Also gibt es kaum ein Land – wenn man von den ganz kleinen absieht –, das von der Globalisierung so abhängt und von der Globalisierung so profitiert wie Deutschland.

Das bringt mich zur zweiten Frage: Was sind denn eigentlich die Vorteile der Globalisierung? Meine Damen und Herren, ich will einmal versuchen, Sie etwas zu überraschen. Ich will nicht über die wirtschaftlichen Vorteile reden. Ich nehme an, die kennen Sie alle. Sie wissen, dass höhere Arbeitsteilung zu mehr Produktivität führt. Sie wissen, dass der Welthandel wesentlich stärker wächst als der gewichtete Durchschnitt des Bruttonettoprodukts aller Länder und dass das Wachstum in diesen Ländern deshalb natürlich wesentlich geringer wäre, wenn wir diesen schnell wachsenden Welthandel nicht hätten, und so weiter.

Meine Damen und Herren, es ist angesichts der Diskussion um die Globalisierung an der Zeit, auch einmal darauf hinzuweisen, dass es sich eben nicht nur um ein wirtschaftliches Phänomen handelt. Es dreht sich nicht nur um Waren oder Investitionen oder Geldströme. Es dreht sich um mehr. Ich möchte Ihnen heute Abend von einem Bild erzählen. Ich nenne es immer das „sympathische Dreieck“. Dieses Dreieck hat drei Seiten, die gleich lang sind. Eine Seite heißt Marktwirtschaft, von mir aus mit dem Adjektiv sozial voran. Ich sagte deshalb „von mir aus“, weil

eine Marktwirtschaft, wenn sie richtig organisiert ist, automatisch sozial ist. Aber gut, wir haben uns daran gewöhnt. Also: Die Marktwirtschaft geht um die Welt. Heute gibt es mehr Länder als je zuvor, die das marktwirtschaftliche System bei sich eingeführt haben. Das wissen wir. Aber was wir eben auch wissen, ist, dass es heute wesentlich mehr Demokratien gibt als noch vor wenigen Jahren. Ich kenne keine einzige Demokratie ohne Marktwirtschaft. Sie können das auch nachvollziehen, wenn Sie in die Geschichte gucken. In dem Augenblick, in dem eine Diktatur ein marktwirtschaftliches System einführt, wackelt die Diktatur und wird langsam aber sicher beseitigt.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, war ich viele Jahre bei der IBM beschäftigt. Ich war auch einmal für die IBM in Südafrika verantwortlich und erinnere mich noch sehr gut an all das, was wir versucht haben, um das Apartheidregime mit unserer Präsenz zu Fall zu bringen. Wir haben uns an die Gesetze dort nicht gehalten, und wir mussten dann raus, weil die amerikanischen Investoren die Präsenz einer amerikanischen Tochter in Südafrika einfach nicht mehr akzeptierten. Aber die deutschen Unternehmer sind geblieben und haben sich weiter an der Aufklärung der Bevölkerung, an der Durchsetzung einer Demokratisierung dieses Landes beteiligt. Ich bin selbst Zeuge gewesen. Sowohl Mandela als auch Mbeki haben mir das gesagt. Sie bedanken sich heute noch dafür, dass die deutschen Firmen dort geblieben sind. Warum? Im Reisegepäck der Investitionen von ausländischen Investoren reisen eben die Demokratie und alles Mögliche andere als blinder Passagier oft mit. Glauben Sie doch nicht, dass Siemens in Indien seine Mitarbeiter so „relativ schlecht“ – in Anführungszeichen gesetzt – behandelt wie alle indischen Firmen. Natürlich kann Siemens sie nicht so hoch bezahlen wie in Deutschland, sie arbeiten auch länger. Aber die Sozialleistungen sind höher als bei indischen Firmen. Das kann man für alle deutschen Firmen sagen, die in diesen Entwicklungsländern arbeiten.

Meine Damen und Herren, jede Statistik zeigt Ihnen, dass die Anzahl der Demokratien steigt. Das ist eben auch ein Phänomen der Globalisierung. Das ist eine globale Entwicklung. Das wäre die zweite Seite dieses Dreiecks.

Jetzt kommen wir zur dritten Seite, und das sind die Menschenrechte. Ich bin schon seit vielen Jahren ein engagiertes Mitglied bei Amnesty International. Ich habe viele Stunden mit Fidel Castro diskutiert, meistens zwischen sieben Uhr abends und vier Uhr morgens. Es ging um die Freilassung von eingebunkerten Journalisten, von Regimegegnern, und es ging vor drei Jahren auch um die Todesstrafe. Die hat Castro dann für drei Jahre ausgesetzt, aber es würde jetzt zu weit führen, darüber zu berichten. Was ich Ihnen sagen möchte, ist, dass auch die Menschenrechte einen Siegeszug um die Welt führen. Natürlich sehen wir aus dem jährlichen Bericht von Amnesty International, dass es noch viel zu viele Länder gibt, die die Menschenrechte missachten, und dass es auch Länder gibt, die sie mal beachtet haben und inzwischen wieder missachten. Aber man kann insgesamt doch eindeutig sagen, dass die Menschenrechte im Zuge der Globalisierung immer mehr geachtet werden. Denken Sie an Korea. Vor fünfundzwanzig Jahren saß der vorletzte Präsident zum Tode verurteilt im Knast. Korea war eine Diktatur. Gewerkschaften waren verboten. Heute ist Korea eine lupenreine Demokratie, meine Damen und Herren. Amnesty International hat fast nichts mehr an Korea auszusetzen. Der vorletzte Präsident, von dem ich gerade gesprochen habe, musste erleben, dass in den letzten Monaten seiner Amtszeit seine beiden Söhne wegen Korruption ins Gefängnis geschmissen wurden. Nun kann man sagen: Aha, dessen Söhne sind korrupt, also stimmt im Lande etwas nicht. Nein, obwohl es Söhne des Präsidenten waren, wur-

den sie wegen Korruption in den Knast geworfen. Oder erinnern Sie sich an Lateinamerika. Wir sind hier beim Übersee-Club. Sie kennen sich doch sicherlich gut dort aus. Vor dreißig, vierzig Jahren war dieser Subkontinent was? Er wurde regiert durch Obristen, durch Generäle, durch Diktatoren. Das ist heute vorbei, wenn Sie Kuba einmal davon ausnehmen. Und natürlich wissen sowohl Amnesty International als auch diejenigen, die die demokratischen Systeme überwachen, dass dort noch nicht alles zum Besten ist. Aber dass in Lateinamerika inzwischen mein „sympathisches Dreieck“ eingeführt wurde – oder dabei ist, eingeführt zu werden –, kann man gar nicht bestreiten.

Meine Damen und Herren, die Globalisierung ist ein absolutes Geschenk an die Menschheit. Für mich ist die Globalisierung das dritte Geschenk in der Reihe „die Aufklärung“, „die Französische Revolution mit der Erklärung der Menschenrechte“ und jetzt „die Globalisierung“. Alles, was wir uns erträumt hatten, wird doch wahr.

Deshalb finde ich es so absurd – und jetzt komme ich auch schon zur dritten Frage –, dass wir Gegner der Globalisierung haben. Ich muss Ihnen in aller Offenheit gestehen, dass ich mich am Anfang mit diesen Leuten sehr schwer getan habe. Ich habe mir gedacht, warum soll ich mit Leuten über einen Prozess diskutieren, der unaufhaltbar ist? Deshalb war meine erste Reaktion: Was soll ich mit denen darüber reden? Das ist vergebene Liebesmüh. Ich glaube, das ist die falsche Reaktion gewesen.

Man kann die Globalisierung verteidigen, so wie ich es Ihnen gerade mit meinem „sympathischen Dreieck“ nahe zu legen versucht habe. Man könnte übrigens noch andere Dinge hinzufügen. Was ist denn mit der Kultur? Ist es denn schlimm, dass wir heute Sushi-Restaurants in Hamburg haben? Ich war ein Jahr in Kalkutta, 1966, und als ich zurückkam, suchte ich indische Restaurants. Es gab in ganz Deutschland zwei. Allein in der Oranienburger Straße in Berlin, wo ich heute wohne, gibt es inzwischen vier. Was haben wir denn dagegen, dass die Japaner Beethoven hören oder wir die Beatles oder die Hamburger den Jazz? Das ist doch eine wunderbare Geschichte. Also, man könnte aus diesem Dreieck jetzt ein Viereck machen und könnte „Kultur“ hinzufügen.

Übrigens, ich war ja bei den Gegnern der Globalisierung. Einmal ganz davon abgesehen, dass relativ viele Deutsche dabei sind, fällt mir auf, dass sie sich sogar schon bei europäischen Treffen über die Globalisierung beschwerten. Ja, zum Teufel noch mal, für uns war doch das einzige Europa ein Traum! Die Globalisierungsgegner sind jetzt gegen Europa, und sie haben auch gegen die Erweiterung demonstriert. Sie wollen wieder nationale Zäune machen. Es ist ja auch kein Wunder, dass Oskar Lafontaine das prominenteste deutsche Mitglied bei Attac – das ist die bekannte Antiglobalisierungsorganisation – geworden ist. Der wollte ja auch wirtschaftspolitische Zäune. Globalisierungsgegner gibt es also nicht nur unter den jungen Leuten. Es sind auch solche Leute, die sagen: „Wir müssen eine deutsche Bank haben!“ Oder: „Ein ausländisches Unternehmen darf kein deutsches Unternehmen übernehmen!“ Ja, was soll denn das? Die haben alle geklatscht, als Daimler Chrysler übernommen hat. Die waren alle begeistert, als die Deutsche Bank Bankers Trust übernommen hat. Im Übrigen sind die Deutschen Weltmeister im Übernehmen. Eines ist doch klar: In den letzten zwanzig Jahren hat es keine Nation gegeben, die relativ zu ihrer Größe so viele Auslandsinvestitionen getätigt hat wie Deutschland. Die Ausländer dürfen das nun plötzlich nicht mehr bei uns? Das leuchtet mir nicht ein. Globalisierungsgegner gibt es also nicht nur bei denen, die Steine werfen oder demonstrieren.

Nun kommt ja oft – und das ist ein ernstes Thema – die Frage nach den Verlierern der Globalisierung. Wer fällt Ihnen ein, wenn Sie an die

Verlierer der Globalisierung denken? Mir fällt Afrika ein. In der Tat muss man feststellen, dass der Unterschied zwischen den reichen und den armen Ländern zurzeit wieder steigt. Lassen Sie mich versuchen, das mit meinem Dreieck zu erklären. Die reichen Länder werden deshalb reicher, weil das Dreieck dort installiert ist. Die haben eine Marktwirtschaft, die haben Demokratie, und sie achten in der Regel die Menschenrechte. Aber in Afrika gibt es mit der Ausnahme von Südafrika nicht ein einziges Land, in dem die Marktwirtschaft installiert ist, nicht eine einzige Demokratie, und an vielen Orten werden die Menschenrechte auf das Größte mit Füßen getreten. Zu sagen, dass Afrika nun unter der Globalisierung leidet, ist logisch nicht richtig. Man kann eher sagen, Afrika leidet unter der Tatsache, dass die Globalisierung an ihm vorbeigeht. Deshalb wünsche ich mir, dass die Globalisierungsgegner, wenn sie das nächste Mal demonstrieren, vielleicht mit mir Arm in Arm bei den Konsulaten in Hamburg auftauchen, die Regime vertreten, die ihre eigenen Menschen unterdrücken, die Demokratie nicht einführen, die Menschenrechte mit Füßen treten und die Marktwirtschaft nicht eingeführt haben. Das wäre eigentlich die richtige Zielrichtung der Globalisierungsgegner, die dann natürlich Globalisierungsbefürworter sein müssten.

Jetzt muss ich Ihnen noch eine Gruppe von Ländern vorstellen, die offensichtlich ein ganz anderes Globalisierungsmodell haben. Das ist die islamische Welt. Hier muss ich Ihnen eine Antwort auf das Problem schuldig bleiben. Es sind immerhin 54 Länder, meine Damen und Herren, und nur ein einziges dieser Länder achtet die Menschenrechte, das ist die Türkei. Das hat Amnesty International der Türkei beim jüngsten Besuch – übrigens geführt von der deutschen Präsidentin – bescheinigt. Wir wissen, dass es auch in der Türkei, in den Gefängnissen, noch Menschenrechtsverletzungen gibt. Aber das Land macht Fortschritte. Dort gibt es Demokratie, dort gibt es in zunehmendem Maße auch die Marktwirtschaft, und deshalb ist die Türkei auf dem richtigen Weg. Aber es ist das einzige islamische Land, in dem das so ist. Alle anderen sind keine Demokratien, alle anderen haben die Marktwirtschaft nicht installiert, sind Staatswirtschaften, und vor allen Dingen treten sie die Menschenrechte der Hälfte der Bevölkerung mit Füßen. Wer ist wohl „die Hälfte der Bevölkerung“, meine Damen und Herren? Das sind die Frauen. Die Frauen in den islamischen Ländern werden auf die unterschiedlichste Art und Weise diskriminiert. In Nigeria werden Ehebrecherinnen gesteinigt. In Saudi-Arabien dürfen sie nicht einmal Auto fahren.

Meine Damen und Herren, ich habe auch keine Lösung. Ich meine nur, dass die Menschenrechte dort genauso zu gelten haben. Ich will hier keine in Deutschland besonders unpopuläre Position zum Thema Irak einnehmen. Das wäre mir sogar heute Abend zu gefährlich, weil ich die Stimmung hier nicht verderben möchte. Aber auf eines möchte ich doch hinweisen: Es wurde das Völkerrecht unglaublich strapaziert von denjenigen, die den Amerikanern dauernd auf die Finger gehauen haben. Nur, was ist eigentlich „das Völkerrecht“? Und wer ist eigentlich „die UNO“? 120 dieser 200 Regierungen sind Diktaturen, keine Demokratien. 120 dieser Regierungen treten die Menschenrechte immer noch mit Füßen, und Marktwirtschaft gibt es dort auch nicht. Deshalb sind diese 120 Länder auch arm geblieben. Ich habe nichts gegen das Völkerrecht. Ich bin auch kein Fachmann. Aber ich bin ein leidenschaftlicher Befürworter der Menschenrechte, die nach meiner Meinung wichtiger sind als das Völkerrecht. Die muss man nun nicht gewaltsam durchsetzen, das ist völlig klar. Aber ich finde, man sollte auch von unserer Regierung erwarten, sich mehr für die Menschenrechte einzusetzen. Ich

finde es blamabel, wenn der Bundeskanzler in China auftaucht und das Thema mit keiner Silbe erwähnt. Und ich finde es schrecklich, wenn wir immer noch Leute haben, die Diktatoren auf den Leim gehen und nicht wagen, vor Ort die Menschenrechte einzufordern. Der Kampf für die Menschenrechte müsste eigentlich eine besonders vornehme Aufgabe einer jeden deutschen Regierung sein.

Ja, meine Damen und Herren, ich war bei den „Verlierern“ und komme jetzt zur letzten Frage. Sie ahnen schon, worauf ich hinauswill. Wenn sich eine Gesellschaft bewegt, dann kann sie dennoch zurückfallen, obwohl sie sich gerade eben bewegt und lange stillgestanden hat. Sie kann dann zurückfallen, wenn andere schneller sind. Woran wir uns gewöhnen müssen in Deutschland, ist, dass wir kaum noch irgendwo an erster Stelle stehen. Wir gucken auf unsere Vergangenheit, wir gucken auf unsere Ansprüche. Nobelpreise haben wir mal massenhaft bekommen, neuerdings bekommen wir keine mehr. Die Kultusministerkonferenz hat es jahrelang abgelehnt, an der PISA-Studie teilzunehmen, weil man ja wusste, dass die deutschen Schüler die besten sind. Jetzt wissen wir, dass wir an zweitletzter Stelle in der Europäischen Union stehen. Es gibt kaum noch eine internationale oder globale Statistik, in der wir an der ersten Stelle sind. Natürlich kann man sagen: „Na und, wir müssen ja nicht immer die Ersten sein; das müssen wir uns abschminken!“ Aber wir haben immer noch Ansprüche, und mit diesen Ansprüchen sind wir noch ziemlich an der Spitze.

Ich will Ihnen hier keine Standort-Rede halten, ich möchte nur darauf hinweisen: Wenn wir uns nicht auf die Socken machen, wenn wir uns nicht auf die Herausforderungen der Globalisierung einstellen, dann werden wir weiter zurückfallen. Der Wettbewerb zwischen Nationen läuft nach dem gleichen System ab wie der Wettbewerb zwischen Unternehmen. Wenn Sie sich bewegen und der andere schneller ist, dann fallen Sie zurück. Es hat keinen Zweck, das schönzureden: Wir sind in fast allen Bereichen zurückgefallen.

Meine Damen und Herren, was muss denn geschehen, damit wir wieder in die Gänge kommen? Ich habe mir jahrelang Gedanken gemacht über Reformen in Deutschland. Ich will Sie heute mit keiner einzigen konkreten Reform langweilen. Alle Reformen, die in der Agenda 2010 begonnen worden sind, müssen weitergeführt werden, hätten eigentlich schon viel früher unter Bundeskanzler Kohl begonnen werden müssen. Ich habe mir viele Jahre lang über die Gründe Gedanken gemacht, warum es eigentlich so schwer ist, in Deutschland etwas zu bewegen. Ich bin auf zwei Gründe gekommen: Der eine ist, dass wir in Deutschland eine relativ naive Bevölkerung haben, wenn es um wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Zusammenhänge geht.

So etwas gibt es sonst nur noch in Frankreich. Dort ist es ähnlich, und interessanterweise ist das Problem auch ähnlich, wie wir jetzt feststellen. Für mich ist es auch kein Zufall, dass sich die beiden Regierungschefs regelmäßig – lachend natürlich – in die Arme sinken, wenn sie sich treffen. Mich erinnert das immer so ein bisschen an zwei Boxkämpfer im Ring, letzte Runde. Die halten sich fest, denn wenn der eine umfällt, fällt der andere wahrscheinlich auch um.

Nur in Frankreich und bei uns glauben viele Bürger, dass es einen Graben zwischen den angeblichen Interessen der Wirtschaft und denen der Gesellschaft gibt. Natürlich weiß ich selbst, dass Wirtschaft nicht alles ist, aber wie viele Leute wissen eigentlich, dass ohne Wirtschaft alles nichts ist? Deshalb ist es wichtig, dass wir endlich aufhören, diesen Graben weiterzubuddeln. Es käme einem Tony Blair gar nicht in den Sinn, auf die Frage eines Journalisten nach einem Vorschlag von Herrn Rogowski zu sagen: „Ach, wissen Sie, der ist ja ein bezahlter Funk-

tionär“ – wohlwissend, dass er nicht bezahlt ist –, „und der vertritt ja nur seine Klientelinteressen.“ Wenn man das den Lobbyisten, wie sie so schön heißen, unterstellt, dann wechseln wir einmal das Feld und erinnern uns, dass es massenhaft Wirtschaftswissenschaftler gibt. Zum Beispiel sind alle sechs wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die den Bundeskanzler beraten, ebenfalls in der Leibniz-Gemeinschaft, der ich präsidiere. Die verschreiben ihm alle sechs Monate ein tolles Rezept, was man machen muss, 500 Seiten lang. Jeder Kanzler – auch Kohl – holt sich die anderthalb Seiten heraus, die gerade das unterstützen, was er predigt. Die anderen vierhundertachtundneunzig Seiten werden nicht zur Kenntnis genommen. Es wird immer wieder versucht, einen Graben zu finden zwischen den beiden Interessen, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dabei sind die Interessen ziemlich identisch. Zunächst einmal sind wir doch alle in der Wirtschaft. Selbst die Arbeitslosen waren einmal in der Wirtschaft und wollen gern wieder hinein. Die Wirtschaft besteht doch nicht nur aus reichen Mittelständlern und reichen Vorständen, sondern aus allen Angestellten und Arbeitern und vor allen Dingen aus allen Konsumenten. Also hören wir auf mit dem Gerede vom Graben und klären wir auf. Ich habe wirklich jahrelang versucht, hier ein bisschen mitzuhelfen. Aber die Unkenntnis der Bevölkerung ist nur der eine Grund.

Der andere Grund liegt, davon bin ich fest überzeugt, im an vielen Stellen überholten politischen Entscheidungssystem. Die Globalisierung hat dazu geführt, dass wir mehr Konkurrenten haben. Wenn man mehr Konkurrenten hat, dann muss man sich ändern können. Die meisten von Ihnen werden den Begriff des *re-engineering* kennen. Wenn Sie neue Konkurrenten haben, wenn es eine neue Technologie gibt, wenn die Kunden etwas anderes wollen, dann müssen Sie in Ihrem Unternehmen ein *re-engineering* betreiben, das heißt, Sie stellen die Organisation auf den Kopf, Sie kommen mit neuen Entscheidungswegen und so weiter. Wenn Sie das nicht tun, sind Sie schnell weg vom Fenster. Dann haben Sie selbst Schuld.

Das gilt auch für Gesellschaften. Fast alle Gesellschaften, die ich kenne, haben ihr eigenes politisches Entscheidungssystem, wenn es nicht gut genug war, der Globalisierung angepasst. Auch Deutschland muss sich ändern. Aber Deutschland liegt da wie „Gulliver“, gefesselt durch viele kleine Schnüre. Was sind das für Schnüre? Das ist unter anderem auch die Verfassung, die wir uns unter alliierter Oberaufsicht 1948 gegeben haben. Übrigens in zehn Arbeitstagen, was die alte Regel bestätigt, dass man für jedes Projekt genau so viel Zeit benötigt, wie man bekommt. Wenn man denen ein Jahr gegeben hätte, hätten sie wahrscheinlich nichts anderes herausgebracht. Aber gut, die haben also die Verfassung herausgebracht, und sie hat uns geholfen, als alles noch schön stabil war: Wechselkurse fest, Globalisierung war nicht da, Konkurrenten waren nicht zu sehen, jedenfalls nicht besonders viele. Jetzt müssen wir uns bewegen. Aber wir können uns nicht bewegen. 70 Prozent aller Gesetze, die der Bundestag heute verabschiedet, müssen vom Bundesrat genehmigt werden. Das ist doch zu viel. Erinnern Sie sich an die Blockade von Lafontaine. Jetzt werden Sie beim Zuwanderungsgesetz die Blockade durch Koch und Co. erleben. Auf der anderen Seite diese unglaubliche Sehnsucht nach Konsens. Wir sind ja konsenssüchtig. Bündnisse für alles. Kanzlerrunden für alles. Runde Tische – daraus werden sehr schnell lange Bänke.

Denken Sie an dieses unglaubliche, entwürdigende Spektakel um den nächsten Bundespräsidenten. Herr Voscherau hat das in einer Fernsehsendung großartig auf den Punkt gebracht. Er hat sinngemäß gesagt: „Wenn ich schon immer meinte, dass der Präsident vom Volk gewählt

werden müsste, dann weiß ich es jetzt ganz bestimmt!“ Wissen Sie, dass wir bald neben der Schweiz außerhalb der konstitutionellen Monarchien die einzige Demokratie in der Welt sein werden, die das Staatsoberhaupt nicht wählen darf? Das ist unglaublich! Der Bürger darf nicht entscheiden. Ich weiß, dass das ein vermintes Gebiet ist, aber ich bin absolut für mehr plebiszitäre Elemente. Warum? Das hängt wieder mit dem ersten Problem zusammen. Wenn Sie die Bevölkerung nicht brauchen, um sich für den Euro zu entscheiden oder die EU-Erweiterung oder die europäische Verfassung, dann ist der Druck auf die Politik, die Bürger richtig aufzuklären, auch nicht da.

Wir müssen und können etwas ändern. Wir brauchen wieder eine klare Abgrenzung zwischen den Verantwortlichkeiten, zwischen Kommunen, den Ländern und dem Bund. Wir brauchen eine Finanzverfassung, die den Namen verdient.

Was müssen wir tun, meine Damen und Herren? Wir müssen das tun, zu dem wir Herrn Stoiber schon einmal gebracht hatten. Wenn er gewählt worden wäre, wäre ein Konvent einberufen worden. Wir, das heißt eine Reihe von Experten, engagierten Bürgern und Politikern aller Parteien, haben mehrfach mit Herrn Schröder gesprochen und haben ihm die Einberufung eines solchen Konventes nahe gelegt. Er wollte nicht. Immerhin: Drei Tage nach dem letzten Gespräch hat Müntefering im Bundestag die Bundesstaatskommission einberufen. Das ist schon mal ein Fortschritt. Aber ich glaube, Herr Voscherau und ich fürchten heute schon, dass das wichtigste Thema, nämlich die Neuordnung der Finanzverfassung, schon wieder durch den Rost fällt, und dann kommen wir wieder nicht weiter. Was müssen wir also tun? Wir müssen einen solchen Konvent unterstützen.

Eines der Argumente, die ich immer wieder höre, lautet: Gute Idee, aber das dauert alles viel zu lange. Das hat mir auch der Bundeskanzler gesagt. Und das stimmt. Solche Geschichten dauern sehr lange. Wir sehen es ja auch am europäischen Konvent. Aber meine Antwort an ihn war: „Stellen Sie sich vor, Herr Kohl hätte das schon vor zwanzig Jahren gemacht, dann könnten Sie heute Ihre Reformen viel schneller durchkriegen!“

Meine Damen und Herren, sollten Sie mich noch einmal einladen, dann bin ich gern bereit, in zehn Jahren wiederzukommen. Dann können wir sehen, was aus dem *re-engineering* Deutschlands geworden ist.

Vielen Dank. ■